

Warnschuss Richtung Orcel: "Unicredit unterschätzt die Mitbestimmung“, sagt der DBV

Um die Zukunft der Commerzbank wird weiter hart gerungen. Die Gewerkschaft DBV gibt zu verstehen: Die Arbeitnehmervertretung kann auch ganz anders. Ein FinanzBusiness-Interview mit Marcus Bourauel.

Herr Bourauel, Unicredit hat angekündigt, im Falle der Übernahme in einem ersten Schritt 7000 Stellen abbauen zu wollen. Wo zieht der DBV hier die rote Linie - und welche konkreten Instrumente hat die Arbeitnehmervertretung, um Entlassungen bei der Commerzbank zu verhindern oder zu begrenzen?

Marcus Bourauel: "Unicredit ist aktuell ein Minderheitsaktionär ohne Kontrolle über die Commerzbank, insofern stellt sich diese Frage derzeit nicht. Das aktuelle Angebot der Unicredit ist für die Aktionäre unattraktiv, daher rechne ich nicht mit einer raschen Übernahme, zumindest nicht auf Basis dieses Angebots.

Klar sind außerdem zwei Dinge: Erstens, Unicredit hat keinen nachvollziehbaren und belastbaren Plan für einen Zusammenschluss vorgelegt. Die Pläne der Unicredit, das ertragreiche und erfolgreiche Geschäftsmodell zu zerlegen, zeigen, dass sie das Geschäftsmodell der Commerzbank nicht verstanden hat und so die ökonomische Performance und mittelbar auch Arbeitsplätze riskiert. Eine feindliche Übernahme der Commerzbank geht mit substantziellen Umsetzungsrisiken einher, die in der Angebotsunterlage der Unicredit weitgehend unberücksichtigt bleiben. Die durch Unicredit avisierten Synergien lassen sich in der Belegschaft aufgrund bereits vereinbarter Interessenausgleiche so gar nicht erzielen.



Zur Person: Marcus Bourauel

- Marcus Bourauel ist Mitglied des Betriebsrates in der Zentrale der Commerzbank in Frankfurt. Er fungiert als Vorstandsmitglied im Bundesvorstand des Deutschen Bankangestellten-Verbandes (DBV).
- Er engagiert sich aktiv in der Tarifkommission für das private Bankgewerbe des DBV.
- Link zum DBV: [Die Gewerkschaft der Finanzdienstleister | DBV-Gewerkschaft](#)



Und zweitens?

"Die Unicredit unterschätzt die deutsche Mitbestimmung. Die Commerzbank ist als Arbeitgeber ausgesprochen sozial eingestellt. Die verschiedenen Arten der

Mitbestimmung und Sozialplaninstrumente sind eingeschwungen. Bisher war ein Austausch über Verhinderungsmittel nicht notwendig. Es dürfte aber bekannt sein, dass uns das deutsche Arbeitsrecht, angefangen beim Kündigungsschutzgesetz über Tarifverträge bis hin zu den Rechten des Betriebsrats nach BetrVG, eine große Bandbreite an Instrumenten zur Verfügung stellt - Instrumente, die wir bislang nicht ausschöpfen mussten. Die Frage nach einer roten Linie stellt sich insofern nicht aus meiner Sicht.“

Bei einer grenzüberschreitenden Übernahme droht erfahrungsgemäß die Verlagerung von Backoffice-, IT- und Steuerungsfunktionen ins Mutterland. Welche Standortgarantien für Deutschland fordert der DBV – und sind solche Garantien in einem Tarifvertrag oder Sozialplan überhaupt rechtlich durchsetzbar?

”Wir sind von einer Übernahmemöglichkeit nicht überzeugt, daher sehen wir das Thema noch nicht. Abgesehen davon sind die konkreten Pläne der Unicredit auch uns nicht bekannt.

Im Rahmen von 'Momentum' finden schon Shoring- und Sourcing-Aktivitäten statt und werden intern über Betriebsvereinbarungen begleitet. Dies ist jedoch nur reibungslos möglich, weil Vertrauen zwischen Geschäftsführung und Arbeitnehmerseite besteht.

Auf dieser Basis haben wir uns für die weiterentwickelte Strategie 'Momentum 2030' schon jetzt mit der Geschäftsführung auf eine Transformationsvereinbarung verständigt. Diese Vereinbarung gilt ausschließlich für die eigenständige Umsetzung der Strategie 'Momentum 2030'. Angesichts des Verhaltens der Unicredit sehen wir derzeit keine Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Unicredit.“



Marcus Bourauel, Betriebsrat Commerzbank Zentrale und DBV-Vorstandsmitglied.. |

Foto: DBV

Die deutsche Mitbestimmungskultur mit starken Betriebsräten und Gewerkschaften ist europaweit einzigartig. Wie würde sich die Mitbestimmung der Commerzbank-Beschäftigten im Falle einer Eingliederung in einen italienisch geführten Konzern rechtlich und praktisch verändern?

”Wie gesagt: Diese Frage stellt sich aktuell nicht. Grundsätzlich wäre aber unverändert deutsches Recht anwendbar. In der Unicredit GmbH München gibt es jedenfalls Betriebsräte/-innen.”

Sie sitzen im Betriebsrat der Commerzbank-Zentrale - wie erleben Sie die Verunsicherung unter den Kolleginnen und Kollegen? Und was tut der DBV, um die Belegschaft in dieser Phase zu informieren und zu stabilisieren?

”Die in der Presse-Berichterstattung gehandelten Zahlen von 7000 bis 15.000 Stellen haben natürlich zur Verunsicherung bei den Beschäftigten beigetragen. Die ersten Anfragen zu Beratungen bei uns Commerzbank-Betriebsräten kamen bereits wenige Minuten nach der Ankündigung der Unicredit, ein Übernahmeangebot unterbreiten zu wollen. Es ist durchaus zu beobachten, dass die Vorstellungen der Unicredit die Kollegen nicht überzeugen und sehr abschrecken.

Was wir tun? Wir finden, dass die Presseberichterstattung das erforderliche Genehmigungsverfahren der EZB und die mit der Fusion verbundenen Risiken nicht ausreichend beleuchtet. Einige Presseberichte erwecken vielmehr den Eindruck, dass die Fusion morgen erfolgen wird und man übermorgen seinen Job verliert. Im Rahmen von Betriebsversammlungen und im Rahmen unserer Pressearbeit beleuchten wir daher die regulatorischen Abläufe und Voraussetzungen. Durch jahrelange berufliche Erfahrungen im Zusammenhang mit der Bankenaufsicht und Kenntnisse im Europarecht können wir den Kollegen daher Mehrwert liefern.”

Der DBV ist Arbeitnehmervertreter, aber auch politischer Akteur. Was erwarten Sie von der Bundesregierung und der BaFin, um die Beschäftigten der Commerzbank vor einem feindlichen Übernahmepressure zu schützen - und wurden Sie als Gewerkschaft bislang in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen?

”Um nicht den falschen Eindruck zu erwecken: Die Idee einer paneuropäischen Großbank ist für Europa durchaus attraktiv. Allerdings muss eine solche grenzüberschreitende Großbank auf einem stabilen regulatorischen Fundament stehen und die richtige Reihenfolge einhalten, d.h. erst strenge Haushaltsregeln, eine vollendete und politisch legitimierte Bankenunion und erst dann grenzüberschreitende Fusionen. Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, sehen wir - anders als in den USA - diese Rahmenbedingungen in der EU nicht. Daher würde eine paneuropäische Großbank uns heute auch nicht - wie oft behauptet wird - im Wettbewerb mit den US-Banken nach vorne bringen.

FINANZBUSINESS

Nach unseren Erfahrungen mit den Aufsichtsbehörden sehen wir voller Vertrauen einer sachgerechten Beurteilung entgegen. Ich bitte um Verständnis, dass ich über politische Kontakte keine Auskunft gebe. Es kommt uns einzig und allein auf sachgerechte Ergebnisse an. Die Bundesregierung stützt die Strategie einer eigenständigen Commerzbank ausdrücklich.”